

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 10 | 09.03.2018

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

AUSSCHREIBUNG

[Praktikum Öffentliche Verwaltung für Studierende der Rechtswissenschaften](#)

Im Sommersemester 2018 stellen das Land Oberösterreich und die Landeshauptstadt Linz für Studierende des Schwerpunkts Öffentliche Verwaltung des Diplomstudiums Rechtswissenschaften an der JKU Linz **4 Praktikant/innen-Stellen** für drei Monate im Zeitraum Juni bis September 2018 zur Verfügung.

Bewerbung: bis zum 16. März 2018 per E-Mail an vwrecht@jku.at (Johannes Kepler Universität Linz, Fachbereich Öffentliches Recht, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer)

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 34/2018 \(Anhang\)](#)

Verordnung der Bundesregierung, mit der die **Zustellformularverordnung** geändert wird

[BGBl II 36/2018](#)

Verordnung der Bundesregierung über die Erklärung einer weiteren Eisenbahn zur Hochleistungsstrecke (**6. Hochleistungsstrecken-Verordnung**)

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 60 I v 02.03.2018, 1](#)

Verordnung (EU) 2018/302 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Februar 2018 über Maßnahmen gegen **ungerechtfertigtes Geoblocking** und andere Formen der **Diskriminierung** aufgrund der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Ortes der Niederlassung des Kunden innerhalb des Binnenmarkts und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr 2006/2004 und (EU) 2017/2394 sowie der Richtlinie 2009/22/EG

[ABI L 63 v 06.03.2018, 50](#)

Empfehlung (EU) 2018/334 der Kommission vom 1. März 2018 für wirksame Maßnahmen im Umgang mit **illegalen Online-Inhalten**

[ABI L 64 v 07.03.2018, 1](#)

Beschluss (EU, Euratom) 2018/335 der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 28. Februar 2018 zur Ernennung von **Richtern** und **Generalanwälten** beim Gerichtshof

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

26.02.2017, [G 122/2017](#)

Tabak- und Nichtraucherinnen- bzw. NichtraucherschutzG; Ablehnung eines Individualantrags auf **Aufhebung von Bestimmungen** des Tabak- und Nichtraucherinnen- bzw. NichtraucherschutzG; Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers nicht überschritten

26.02.2017, [E 2292/2017](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung des Antrags auf **internationalen Schutz** und Erlassung einer **Rückkehrentscheidung** mangels Feststellungen betreffend die Gefährdung ehemaliger afghanischer Angestellter der US-Streitkräfte

26.02.2017, [E 3296/2017](#)

AsylG; Verletzung im **Recht auf Durchführung einer mündlichen Verhandlung** durch Abweisung des **Asylantrags** eines iranischen Staatsangehörigen; keine hinreichende Klärung des Sachverhalts hinsichtlich der entscheidungswesentlichen Frage der Glaubwürdigkeit des Fluchtvorbringens

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

15.12.2017, [Ra 2016/11/0130](#)

Tabak- und Nichtraucherinnen-bzw. NichtraucherschutzG; **Sponsoringverbot** für **Tabakerzeugnisse** und verwandte Erzeugnisse; ggst platzierte ein Tabakunternehmen sein Firmenlogo unterhalb des Textes „sponsored by“ auf Einladungen einer Galerie zu bestimmten Ausstellungen; im Gegenzug erhielt die Galerie vom Tabakunternehmen eine Unterstützungsleistung; tritt das Tabakunternehmen als Sponsor der Veranstaltungen auf, verfolgt die Unterstützungsleistung des Tabakunternehmens jedenfalls auch den Zweck, eine positive Stimmung für das eigene Unternehmen zu erzeugen; damit soll – indirekt – der Verkauf von Erzeugnissen dieses Unternehmens gefördert werden; Qualifizierung des vorliegenden Sponsorings als verpönten „Imagetransfer“ iSd § 11 Abs 1 iVm § 1 Z 7a Tabak- und Nichtraucherinnen-bzw. NichtraucherschutzG

23.01.2018, [Ra 2016/05/0077](#)

NÖ BauO; für die ggst Grundstücke ist im maßgeblichen Bebauungsplan wahlweise die **offene oder gekuppelte Bebauungsweise** iSd § 70 Abs 1 NÖ BauO festgelegt; dieses **Wahlrecht** darf nur unter Bedachtnahme auf die bereits bestehenden und bewilligten Gebäude ausgeübt werden, sofern dieses Recht nicht schon durch frühere Bauvorhaben verbraucht wurde; der Umstand, dass für ein (Haupt-)Gebäude zwar eine Baubewilligung erteilt, dieses jedoch (noch) nicht errichtet wurde, beseitigt dieses Wahlrecht nicht

23.01.2018, [Ra 2017/05/0090](#)

ZiviltechnikerG; **berufsmäßige Parteienvertretung** durch Ziviltechniker; ob zu den „Behörden“ iSd § 4 Abs 1 ZiviltechnikerG auch die Gerichte, insbesondere die VwG, zählen, enthalten die Gesetzesmaterialien keine Anhaltspunkte; § 4 leg cit erwähnt

in seinem Abs 3 „Verwaltungsbehörden“ ausdrücklich, einschränkend wohl gegenüber dem Begriff der „Behörde“, der somit im System des § 4 leg cit offenbar einen Oberbegriff darstellt und damit auch andere Organe als Verwaltungsbehörden umfasst; in § 4 Abs 1 leg cit ist eine salvatorische Klausel zugunsten bundesgesetzlich geforderter besonderer Berechtigungen vorhanden; soweit etwa in den genannten Bestimmungen des § 27 ZPO, des § 24 VwGG und des § 17 VfGG ein absoluter oder relativer Anwaltszwang normiert wird, kommt keine Vertretung durch Ziviltechniker nicht in Frage; für VwGG besteht keine entsprechende Regelung, die Ziviltechniker von der berufsmäßigen Vertretung ausschließen würde; ferner ist im § 4 Abs 1 leg cit normiert, dass sich die Befugnisse der Ziviltechniker, die § 4 Abs 1 leg cit aufzählt, auf das gesamte, von ihrer Befugnis umfasste Fachgebiet beziehen

30.01.2018, [Ro 2017/08/0019](#)

ASVG; die in Punkt XII. der **Honorarordnung** für Ärzte für Allgemeinmedizin und Fachärzte vorgesehene **Deckelung der Honorierung** mit 70% ab einer gewissen Anzahl von **sonographischen Untersuchungen** ist schon nach ihrem eindeutigen Wortlaut – „... der vom Arzt ...abgerechneten Sonographieuntersuchungen...“ – nicht auf eine Vertragsgruppenpraxis als Ganzes, sondern auf die in ihr tätigen einzelnen „Fachärzte“ zu beziehen; bei jedem Facharzt ist in einer bestimmten, dem Versorgungsauftrag Rechnung tragenden Grundauslastung mit derartigen Untersuchungen zu rechnen; das Regulativ der Deckelung soll sowohl was die Kosten als auch was die Beurteilung der Notwendigkeit derartiger Untersuchungen betrifft erst ab der jeweils angegebenen Fallzahl eingreifen; seine Ausgewogenheit würde in unsachlicher Weise verzerrt, würde man den in einer Vertragsgruppenpraxis tätigen Fachärzten eine umso geringere Grundauslastung zugestehen, je mehr Gesellschafter tätig sind

15.02.2018, [Ra 2017/17/0718](#)

GlücksspielG; unter „**Eingriffsgegenstand**“ iSd § 52 Abs 2 GlücksspielG ist jedenfalls eine körperliche Sache zu verstehen, mit der in das Glücksspielmonopol des Bundes eingegriffen wird, indem damit verbotene Ausspielungen veranstaltet, organisiert, angeboten oder zugänglich gemacht werden; nicht unter diesen Begriff fallen hingegen Sachen, die lediglich als Komponente einer (technischen) Vorrichtung Verwendung finden, mit der einem Kunden die Teilnahme an einem Glücksspiel ermöglicht wird; diese Komponenten (Bestandteile, Zubehör, etc) einer solcher Vorrichtung können nicht als selbständige Eingriffsgegenstände einer Bestrafung nach § 52 Abs 2 GlücksspielG zugrunde gelegt werden, vielmehr wird insoweit von einem einheitlichen Eingriffsgegenstand auszugehen sein; am Unrechtsgehalt einer verbotenen Ausspielung vermag der Umstand, dass ein Eingriffsgegenstand allenfalls aus mehreren Komponenten besteht, nichts zu ändern

C. VERWALTUNGSGERICHTE

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

06.03.2018, [verb Rs C-52/16 und C-113/16, SEGRO](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 63 AEUV – **Freier Kapitalverkehr** – **Nießbrauchsrechte** an landwirtschaftlichen Flächen – Nationale Regelung, nach der künftig nur nahe Angehörige des Eigentümers der Flächen solche Rechte erwerben können und die in der Vergangenheit von juristischen oder natürlichen Personen, die kein nahes Angehörigenverhältnis zum Eigentümer nachweisen können, erworbenen Rechte entschädigungslos erlöschen

06.03.2018, [Rs C-284/16, Achmea](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Bilaterales Investitionsschutzabkommen**, das 1991 zwischen dem Königreich der Niederlande und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik geschlossen wurde und zwischen dem Königreich der Niederlande und der Slowakischen Republik weitergilt – Bestimmung, die es einem Investor einer Vertragspartei bei einer Streitigkeit mit der anderen Vertragspartei ermöglicht, ein **Schiedsgericht** anzurufen – Vereinbarkeit mit den Art 18, 267 und 344 AEUV – Begriff ‚Gericht‘ – Autonomie des Unionsrechts

06.03.2018, Rs C-579/16 P, *Kommission / FIH Holding und FIH Erhvervsbank*

Rechtsmittel – **Staatliche Beihilfen** – Begriff ‚Beihilfe‘ – Begriff ‚wirtschaftlicher Vorteil‘ – Grundsatz des marktwirtschaftlich handelnden privaten Wirtschaftsteilnehmers – Voraussetzungen für die Anwendbarkeit und die Anwendung – **Finanzkrise** – Aufeinanderfolgende Maßnahmen zur Rettung einer Bank – Berücksichtigung bzw Nichtberücksichtigung der Risiken aus den von dem Mitgliedstaat bei der ersten Maßnahme eingegangenen Verpflichtungen bei der Beurteilung der zweiten Maßnahme

07.03.2018, Rs C-127/16 P, *SNCF Mobilités / Kommission*

Rechtsmittel – **Staatliche Beihilfen** – Von der Französischen Republik zugunsten von Sernam verwendete Beihilfen – Beihilfe zur Umstrukturierung und Kapitalaufstockung, Garantien und Forderungsverzicht der SNCF zugunsten von Sernam – Entscheidung, mit der die Beihilfen für mit dem Binnenmarkt unvereinbar erklärt werden und ihre Rückforderung angeordnet wird – Verkauf der **Aktiva ‚en bloc‘** – Begriff ‚Verkauf‘ – Verwechslung von Gegenstand und Preis des Verkaufs der Aktiva ‚en bloc‘ – Offenes und transparentes Verfahren – Kriterium des privaten Kapitalgebers – Anwendung dieses Grundsatzes auf eine Veräußerung der Aktiva ‚en bloc‘ – Ausgleichsmaßnahmen

07.03.2018, verb Rs C-274/16 und C-447/16 und C-448/16, *flightright*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Gerichtliche Zuständigkeit in Zivil- und Handelssachen – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – Art 5 Nr 1 – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Art 7 Nr 1 – Begriff ‚Ansprüche aus einem Vertrag‘ – Dienstleistungsvertrag – Flugverbindung aus mehreren Flügen, die von verschiedenen **Luffahrtunternehmern** durchgeführt werden – Begriff ‚Erfüllungsort‘ – Verordnung (EG) Nr 261/2004 – Anspruch von Fluggästen auf eine **Ausgleichszahlung bei Nichtbeförderung** und bei großer Verspätung von Flügen – Klage auf Ausgleichszahlung gegen ein ausführendes Luffahrtunternehmen, das seinen Sitz nicht in einem Mitgliedstaat hat oder zu dem die Fluggäste in keiner Vertragsbeziehung stehen

07.03.2018, Rs C-494/16, *Santoro*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – **Befristete Arbeitsverträge** – Mit einem Arbeitgeber des öffentlichen Sektors abgeschlossene Verträge – Maßnahmen zur Ahndung des missbräuchlichen Einsatzes befristeter Arbeitsverträge – Grundsätze der Äquivalenz und der Effektivität

07.03.2018, Rs C-560/16, *E ON Czech Holding*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – **Gerichtliche Zuständigkeit** in Zivil- und Handelssachen – Ausschließliche Zuständigkeiten – Art 22 Nr 2 – Gültigkeit der Beschlüsse der Organe einer Gesellschaft oder juristischen Person mit Sitz im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats – Ausschließliche Zuständigkeit der Gerichte dieses Mitgliedstaats – Beschluss der **Hauptversammlung einer Gesellschaft**, mit dem die zwangsweise Übertragung der Beteiligungen von Minderheitsaktionären der Gesellschaft an den Mehrheitsaktionär angeordnet und zugleich die Höhe der Abfindung festgelegt wird, die der Mehrheitsaktionär den Minderheitsaktionären zu zahlen verpflichtet ist – Gerichtsverfahren zur Überprüfung der Angemessenheit der Abfindung

07.03.2018, Rs C-651/16, *DW*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Soziale Sicherheit – **Mutterschaftsgeld** – Berechnung der Höhe auf der Grundlage der Einkünfte des Versicherten während eines Referenzzeitraums von zwölf Monaten – Person, die in diesem Zeitraum im Dienst eines Organs der Europäischen Union stand – Nationale Regelung, die eine Festsetzung der fraglichen Höhe auf 70 % der durchschnittlichen Beitragsbemessungsgrundlage vorsieht – Beschränkung der **Freizügigkeit der Arbeitnehmer** – Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit

07.03.2018, Rs C-31/17, *Cristal Union*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2003/96/EG – **Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom** – Art 14 Abs 1 Buchst a – Energieerzeugnisse, die bei der Stromerzeugung verwendet werden – Verpflichtung zur Steuerbefreiung – Art 15 Abs 1 Buchst c – Energieerzeugnisse, die für die Kraft-Wärme-Kopplung verwendet werden – Möglichkeit der Steuerbefreiung oder der Steuerermäßigung – Erdgas, das für die Kraft-Wärme-Kopplung bestimmt ist

[07.03.2018, Rs C-159/17, *Dobre*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames **Mehrwertsteuersystem** – Richtlinie 2006/112/EG – Löschung der mehrwertsteuerlichen Registrierung – Pflicht zur Abführung der Mehrwertsteuer, die während des Zeitraums vereinnahmt wurde, in dem die Mehrwertsteuer-Identifikationsnummer gelöscht war – Nichtanerkennung des Rechts auf **Vorsteuerabzug** für die in diesem Zeitraum getätigten Erwerbe

[08.03.2018, Rs C-395/16, *DOCERAM*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Geistiges** und **gewerbliches Eigentum** – Verordnung (EG) Nr 6/2002 – Gemeinschaftsgeschmacksmuster – Art 8 Abs 1 – Erscheinungsmerkmale eines Erzeugnisses, die ausschließlich durch dessen technische Funktion bedingt sind – Beurteilungskriterien – Bestehen alternativer Geschmacksmuster – Berücksichtigung des Standpunkts eines ‚objektiven Beobachters‘

[08.03.2018, Rs C-64/17, *Saey Home & Garden*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Gerichtliche Zuständigkeit und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Art 25 – Vorliegen einer **Gerichtstands-klausel** – Mündliche Vereinbarung ohne schriftliche Bestätigung – Klausel in allgemeinen Geschäftsbedingungen, die in Rechnungen erwähnt werden – Art 7 Nr 1 Buchst b – Vertriebsvertrag zwischen **Gesellschaften** mit Sitz in zwei unterschiedlichen Mitgliedstaaten, der den Markt eines dritten Mitgliedstaats betrifft – Art 7 Nr 1 Buchst b zweiter Gedankenstrich – Bestimmung des zuständigen Gerichts – Erfüllungsort der charakteristischen Verpflichtung eines solchen Vertrags

B. SCHLUSSANTRÄGE

[07.03.2018, Rs C-544/16, *Marcandi \(GA Tanchev\)*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Mehrwertsteuer** – Richtlinie 2006/112/EG – Ausgabe von Guthaben, die zur Abgabe von Geboten in Online-Penny-Auktionen verwendet werden können und deren Wert auf den Preis von Gegenständen, die unmittelbar von dem die Auktionen veranstaltenden Unternehmen erworben werden, angerechnet werden kann – Art 2 Abs 1 Buchst a und c – Dienstleistungen oder Lieferung von Gegenständen gegen Entgelt – Zwischenschritt – Art 65 – Anzahlung – Art 73 – **Steuerbemessungsgrundlage** – Art 79 Buchst b – Rabatt in Höhe des vollen Preises

[07.03.2018, Rs C-1/17, *Petronas Lubricants \(GA Bot\)*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gerichtliche Zuständigkeit** sowie Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen – Zuständigkeit für individuelle **Arbeitsverträge** – Arbeitgeber, gegen den vor den Gerichten des Mitgliedstaats Klage erhoben wurde, in dem er seinen Wohnsitz hat – Widerklage des Arbeitgebers – Bestimmung des zuständigen Gerichts

[07.03.2017, Rs C-90/17, *Turbogás \(GA Szpunar\)*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Besteuerung von **Energieerzeugnissen** und **elektrischem Strom** – Richtlinie 2003/96/EG – Art 14 Abs 1 Buchst a – Befreiung von bei der Stromerzeugung verwendeten Energieerzeugnissen bzw verwendetem elektrischem Strom – Art 21 Abs 5 Unterabs 3 – Einheit, die elektrischen Strom zur eigenen Verwendung erzeugt – **Steuerbefreiung** kleiner Stromerzeuger

[07.03.2018, Rs C-103/17, *Messer France \(GA Campos Sánchez-Bordona\)*](#)

Besteuerung von **Energieerzeugnissen** und **elektrischem Strom** – Nationale Vorschrift, die eine Abgabe zur öffentlichen Stromversorgung vorsieht – Verbrauchsteuer auf elektrischen Strom – **Indirekte Steuer** – Bedingungen für die Existenz einer anderen indirekten Steuer mit besonderer Zielsetzung – Begriff der besonderen Zielsetzung – Gleichartigkeit der sonstigen indirekten Steuern mit besonderer Zielsetzung und der Verbrauchsteuer auf elektrischen Strom – Einhaltung eines Mindeststeuerbetrags – Unterschied zwischen einer Steuer und einer obligatorischen Vermögensleistung ohne steuerlichen Charakter

08.03.2018, Rs C-34/17, Donnellan (GA Tanchev)

Richtlinie 2010/24/EU des Rates – **Amtshilfe** bei der Beitreibung von Forderungen in Bezug auf bestimmte Steuern, Abgaben und sonstige Maßnahmen – Zustellung der Forderung an eine Person erst nach Stellung des Beitreibungersuchens im Wege eines einheitlichen **Vollstreckungstitels** nach Art 12 der Richtlinie 2010/24 und nicht zuvor – Zulässigkeit eines Rechtsbehelfs nach Art 14 der Richtlinie 2010/24 bei den Gerichten des um die Vollstreckung der Forderung ersuchten Mitgliedstaats – Art 47 der **Charta der Grundrechte** der Europäischen Union – Recht auf wirksamen gerichtlichen Rechtsschutz

C. GERICHT

07.03.2018, T-855/16, Fertisac / ECHA

REACH – Gebühr für die **Registrierung eines Stoffes** – Ermäßigung für KMU – Überprüfung der Angaben zur Größe des Unternehmens durch die ECHA – Beschluss, mit dem ein **Verwaltungsentscheid** festgesetzt wird – Empfehlung 2003/361/EG – Überschreitung der finanziellen Schwellenwerte – Begriff des ‚verbundenen Unternehmens‘

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

08.03.2018, Beschwerde Nr 39726/10, Pouliou / Griechenland

Verletzung von **Art 5 Abs 4 EMRK** (Recht auf rasche Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Inhaftierung); **Anhaltung** einer Anwältin (Bf) in **Untersuchungshaft** wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer kriminellen Organisation, welche in Verbindung mit einer Reihe von Straftaten gebracht werden konnte; Zeitspanne von **35 Tagen** zwischen der Einbringung des Antrags auf Freilassung durch die Bf und der Ablehnung des Antrags durch den Richter; **Verletzung** von **Art 5 Abs 4 EMRK**

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder LL.B., Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heimpl, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Wiss.-Mit. Clara Buder.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.